

Mitteilung
des Ministeriums der Justiz und für Europa

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 5. Februar 2019,
Az.: EU-9520/35:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen.

Wolf
Minister der Justiz
und für Europa

Eingegangen: 06.02.2019 / Ausgegeben: 12.02.2019

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

**Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg
über aktuelle europapolitische Themen**

4. Quartal 2018

I. Aktuelle europapolitische Themen	2
1. Brexit	2
2. Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027	4
3. Rechtsstaatlichkeit.....	5
II. Europadialog der Landesregierung	7
III. Europapolitische Veranstaltungen	8
IV. Europafähigkeit	17
V. Ausschuss der Regionen	18
VI. Landesvertretung Brüssel	19
VII. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	20
VIII. EU-Strategie für den Donaauraum und EU-Strategie für den Alpenraum	22
IX. Vier Motoren für Europa	24
X. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen	25
XI. Zusammenarbeit mit Frankreich	29
XII. Entwicklungspolitik	33

I. Aktuelle europapolitische Themen

Das vierte Quartal des Jahres 2018 wurde europapolitisch weiter von den Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich, den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 und der Kritik an der Verletzung rechtsstaatlicher Standards in einigen Mitgliedstaaten geprägt.

1. Brexit

Die Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs haben im vierten Quartal 2018 eine wesentliche Hürde genommen. Am 15. November 2018 haben sich die Verhandlungsführer der EU und des Vereinigten Königreichs auf ein Austrittsabkommen geeinigt. Der Europäische Rat hat das Austrittsabkommen am 25. November 2018 förmlich gebilligt und eine politische Erklärung zum Rahmen des zukünftigen Verhältnisses verabschiedet.

Das Austrittsabkommen regelt die Trennungsfragen. Dazu gehören insbesondere die finanzielle Entflechtung der EU und des Vereinigten Königreichs, die Regelung der Rechtsstellung von EU-Bürgerinnen und

-Bürgern im Vereinigten Königreich und von Britinnen und Briten in der EU sowie die Verhinderung von Grenzkontrollen an der irisch/nordirischen Grenze. Das Austrittsabkommen enthält zudem Regelungen zu einer Übergangsperiode. Bis zum 31. Dezember 2020 soll das Vereinigte Königreich einem Mitgliedstaat praktisch gleichgestellt bleiben, ohne allerdings über Beteiligungsrechte in den EU-Organen zu verfügen.

Ein geregelter Austritt des Vereinigten Königreichs hängt nun von der Ratifikation des Abkommens im britischen Parlament, im Rat der EU und im Europäischen Parlament ab. Bei einer ersten Abstimmung am 15. Januar 2019 hat sich eine deutliche Mehrheit im britischen Unterhaus gegen das Abkommen ausgesprochen.

Parallel zum Ratifikationsprozess laufen die Vorbereitungsmaßnahmen auf allen Ebenen. Der Ministerrat hat am 27. November 2018 den Ent-

wurf eines Brexit-Übergangsgesetzes zur Anhörung freigegeben. Mit dem Gesetz soll der im Austrittsabkommen vorgesehene Übergangszeitraum im baden-württembergischen Recht implementiert werden. Eine Zuleitung an den Landtag ist für Februar 2019 vorgesehen. Ein entsprechendes Bundesgesetz hat der Bundestag am 17. Januar 2019 angenommen.

Auch die Vorbereitungen für einen unregelmäßigten Brexit schreiten voran.

Die Kommission hat im Berichtszeitraum eine Reihe von Seminaren zur Vorbereitung veranstaltet. Das Ministerium der Justiz und für Europa hat über die Bundesratsbeauftragten in der Ratsarbeitsgruppe Brexit hier Anliegen der Landesregierung eingespeist (etwa zu den Themen Koordinierung der Sozialsysteme, Grenzkontrollen). Daneben hat die Kommission einige Verordnungsentwürfe vorgelegt (u.a. zum Luftverkehr und zum Güterverkehr), die die Folgen eines unregelmäßigten Austritts abschwächen sollen.

Die Bundesregierung hat ein Gesetzespaket zur Vorbereitung initiiert, das zu Beginn des Jahres 2019 beschlossen werden soll. Dies betrifft Übergangsregelungen in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Soziales und Staatsangehörigkeit sowie steuerliche Begleitregelungen.

Eine Ressortabfrage des Ministeriums der Justiz und für Europa mit Schreiben vom 23. Oktober 2018 hat ergeben, dass im Land kein über die auf EU- und Bundesebene bereits beschlossenen Maßnahmen hinausgehender dringender Handlungsbedarf besteht.

Das Wirtschaftsministerium und das Wissenschaftsministerium haben im vierten Quartal auf großen Veranstaltungen mit Interessenvertretern aus dem jeweiligen Bereich die Folgen des Brexit erörtert.

Bewertung: Das Austrittsabkommen ist eine beachtliche Leistung der Verhandlungsführer auf beiden Seiten. Es enthält ein ausgewogenes Verhältnis von Rechten und Pflichten für beide Seiten, die sich kompromissbereit gezeigt haben. Durch den Übergangszeitraum ist Planungssicherheit für alle Beteiligten gewährleistet. Die Kompromissbereitschaft der EU zeigte sich insbesondere bei dem bis zuletzt umstrit-

tenen Nord-Irland-Backstop. So ist vorgesehen, dass das Vereinigte Königreich praktisch Teil der Zollunion bleibt und die Warenverkehrsfreiheit fortgilt, wenn nicht das noch auszuhandelnde Abkommen über das zukünftige Verhältnis Grenzkontrollen obsolet macht. Diese weitreichende Öffnung des EU-Binnenmarkts erfordert die Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen.

Ob das Austrittsabkommen ratifiziert wird, ist heute (Stand Ende Januar) völlig offen. Der schwer vorhersehbare Verlauf der Verhandlungen erfordert die Prüfung von Vorbereitungsmaßnahmen auf allen Ebenen und für alle denkbaren Ausgänge. Die Ressorts der Landesregierung sind – wie schon im vergangenen Quartal – sensibilisiert und beobachten die Entwicklungen aufmerksam.

2. Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027

Im Berichtszeitraum haben Europäisches Parlament (EP) und Rat die Beratungen über ihre Verhandlungspositionen zum KOM-Vorschlag des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021 bis 2027 und zu den einzelnen Sektor-Verordnungen fortgesetzt. Die Verhandlungen laufen noch parallel, Trilogverhandlungen sind noch nicht absehbar.

Das EP hat im sog. Zwischenbericht zum MFR am 14. November 2018 seinen Standpunkt festgelegt. Im Bericht wird die Sorge geäußert, dass die vorgeschlagene Mittelausstattung nicht ausreichend ist, um massive Kürzungen in den traditionellen Politiken wie Kohäsionspolitik und Agrarpolitik zu vermeiden und um neue Schwerpunkte zu setzen. Das EP bekräftigt daher seine Position, den Haushaltsrahmen auf 1,3% des BNE der EU-27 zu erhöhen, und schlägt höhere Mittelansätze für das Forschungsprogramm Horizont Europa, das Programm „InvestEU“, die Fazilität „Connecting Europe“, die KMU-Förderung und das Programm „Erasmus“ vor.

Der Rat ist noch nicht soweit, seinen Standpunkt zum MFR festzulegen. Nach wie vor bestehen große Interessensunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, vor allem bei der Kohäsionspolitik und der Gemeinsamen Agrarpolitik. Unter österreichischem Ratsvorsitz wurden

immerhin eine Verhandlungsbox sowie ein konkreter Fahrplan für die Verhandlungen im Rat vereinbart und bereits erste Teileinigungen erzielt.

Der Europäische Rat hat sich auf seiner Tagung am 13. / 14. Dezember 2018 mit dem MFR befasst. Das Ziel einer Einigung vor den EP-Wahlen wurde als nicht mehr realistisch eingeschätzt. Die Staats- und Regierungschefs streben nun eine politische Einigung bis Herbst 2019 an.

Bewertung: Ein rechtzeitiger Abschluss der MFR-Verhandlungen ist erforderlich, damit ein nahtloser Übergang der Förderprogramme zum Start der neuen Förderperiode gewährleistet ist. Das vom Europäischen Rat gesetzte Ziel, bis Herbst zu einer politischen Einigung zwischen den Mitgliedstaaten zu gelangen, sollte daher eingehalten werden.

3. Rechtsstaatlichkeit

Die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien war auch im Berichtszeitraum Thema in den EU-Institutionen. Im Mittelpunkt standen dabei Polen, Ungarn und Rumänien.

Polen:

Am 19. Oktober 2018 erließ der EuGH eine einstweilige Anordnung, wonach die Neubesetzungen des polnischen Obersten Gerichtshofs auszusetzen und die bereits abgesetzten Richter aus dem Ruhestand zurückzuholen sind. Das polnische Parlament hat nunmehr ein neues Gesetz verabschiedet, mit dem die Pensionierung von 22 Richtern inkl. der Präsidentin rückgängig gemacht werden soll. Alle 22 Richter sind mutmaßlich wieder im Dienst. Jedoch fehlt noch das endgültige Inkrafttreten des Gesetzes, da der Präsident dies noch nicht unterzeichnet hat. Sorge bereitet in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme des Nationalen Justizrates vom 09. November 2018, der weiterhin von einer rechtmäßigen Pensionierung ausgeht - trotz der einstweiligen Anordnung des EuGH.

Ungarn:

Das Europäische Parlament hat am 12. September 2018 eine Entschließung angenommen, welche sich kritisch mit der Lage in Ungarn auseinandersetzt. Das Parlament fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, das Verfahren nach Art. 7 EUV einzuleiten, um festzustellen, ob in Ungarn die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Grundwerte der EU besteht. Der Antrag wurde mit 448 gegen 197 Stimmen bei 48 Enthaltungen angenommen. Gegen diesen Beschluss hat Ungarn im Oktober 2018 vor dem EuGH Klage eingereicht (Rechtssache 650/18), da es die gem. Art. 354 EUV erforderliche Zweidrittelmehrheit durch die Enthaltungen als nicht erreicht ansieht. Ein Antrag auf formelle Anhörung Ungarns wurde bisher nicht gestellt. Die österreichische Ratspräsidentschaft setzte auf einen „Gedankenaustausch“ mit der ungarischen Regierung. Das Vorgehen der rumänischen Ratspräsidentschaft ist noch unbekannt.

Rumänien:

Das Europäische Parlament forderte in seiner Entschließung vom 13. November 2018 zur Rechtsstaatlichkeit in Rumänien die Regierung und das Parlament auf, die Empfehlungen der EU-Kommission und der Venedig-Kommission des Europarats uneingeschränkt umzusetzen. Darin empfahl es ferner eine bessere parlamentarische Kontrolle über die Sicherheitsdienste sowie eine unabhängige Untersuchung des Verhaltens der Polizei während der Massenproteste im August und kritisierte das neue NGO-Gesetz.

Die EU-Kommission stellt in ihrem Lagebericht über die Fortschritte bei der Justizreform und der Bekämpfung der Korruption vom 13. November 2018 zu Rumänien fest, dass zusätzliche Maßnahmen insbesondere bei der Bekämpfung der Korruption nötig seien und kündigte einen ausführlichen Bericht für das Ende ihrer Amtszeit an. Der Vizepräsident der Kommission, Frans Timmermans, ließ sich bei der Vorlage des Lageberichts in Straßburg mit den Worten zitieren, dass er es bedauere, dass Rumäniens Reformprozess ins Stocken geraten sei

und dass sogar Rückschritte gemacht würden. Es sei sehr wichtig, dass Rumänien den Kampf gegen die Korruption unverzüglich wieder aufnehmen.

II. Europadialog der Landesregierung

Im Berichtszeitraum fanden noch einmal zahlreiche Veranstaltungen im Rahmen des gemeinsam vom Staatsministerium und dem Ministerium der Justiz und für Europa durchgeführten Europadialogs statt:

3. Sitzung des Expertenforums

Am 10. November fand die letzte Sitzung des Expertenforums statt. Die Expertinnen und Experten diskutierten über mögliche Inhalte des Europa-Leitbilds der Landesregierung und lieferten maßgebliche Impulse, die bei der Erstellung des Europa-Leitbildes berücksichtigt werden konnten, das im Januar vom Ministerrat verabschiedet wurde.

Zentraler Bürgerdialog in Stuttgart

Am 13. Oktober trafen sich beim Zentralen Bürgerdialog in Stuttgart im Neuen Schloss noch einmal Bürgerinnen und Bürger, die an einem der vier Bürgerdialoge im Land teilgenommen hatten, um Themen vertiefend zu besprechen und ihre Empfehlungen für das Europa-Leitbild des Landes zu entwickeln.

Eingeladen hatte die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Erler. EU-Kommissar Günther Oettinger stimmte die Teilnehmer in seiner Impulsrede zur Zukunft der EU gut auf ihre nachfolgende Gruppenarbeit ein und ermunterte sie, sich mutig zur Zukunft der EU zu äußern. Joachim Menze, Leiter der Regionalvertretung der Kommission in München und somit auch für Baden-Württemberg zuständig, kommentierte anschließend zusammen mit Frau Erler die von den Bürgerinnen und Bürgern erarbeiteten Vorschläge.

1.000. Bürgerdialog mit Juncker, Kretschmann und Wolf in Freiburg

Am Montag, den 1. Oktober 2018, trafen sich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Ministerpräsident

Winfried Kretschmann und Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf im Rahmen des „Europadialogs Baden-Württemberg“, um Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zur Zukunft der Europäischen Union zu diskutieren. Ein besonderer Fokus lag dabei auf den Fragen, wie die Europäische Union für uns in Baden-Württemberg in zehn Jahren aussehen soll und mit welchen Herausforderungen die Europäerinnen und Europäer konfrontiert werden.

Im Rahmen der Reihe „*Citizens' Dialogues*“ veranstaltet die Europäische Union seit vielen Jahren Dialogveranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern, in deren Mittelpunkt Fragen zur Zukunft der EU stehen. Bereits im Vorfeld der Veranstaltung hatten zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, gemeinsam mit der baden-württembergischen Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Eler, Fragen für den anschließenden Bürgerdialog zu entwickeln. Für diesen Teil des Bürgerdialoges wurden – wie bereits in vier mittelgroßen Städten im Rahmen des Europadialoges – zufällig Personen aus den Einwohnermelderegistern eingeladen, um vielfältige Sichtweisen der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Die zu diskutierenden Themen zu Europa wurden hierbei von den Teilnehmenden selbst ausgewählt und entwickelt.

III. Europapolitische Veranstaltungen

Veranstaltungen und Gespräche von Minister Wolf am 6./7. November 2018 in Brüssel auf einen Blick

Minister Wolf hat bei seiner Brüssel-Reise am 6./7. November die neuen Veranstaltungsreihen „Legal Lunch“ sowie „Europa. Menschen. Hintergründe.“ eröffnet. Weiteres Thema waren die Wahlen zum EU-Parlament Ende Mai 2019. Im Rahmen des Besuchs führte Minister Wolf auch bilaterale Gespräche u.a. mit der stellv. deutschen EU-Botschafterin Susanne Szech-Koundouros sowie EU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg.

„Europa. Menschen. Hintergründe.“ mit Martin Selmayr und Anne Gellinek

Von Brexit über Migration bis hin zu den Europa-Wahlen reichten die Themen, die Martin Selmayr, Generalsekretär der Europäischen Kommission, und Anne Gellinek, Leiterin des ZDF-Studios in Brüssel, in der Brüsseler Landesvertretung am 6. November 2018 kontrovers diskutierten. Justiz- und Europaminister Wolf lieferte in seiner Eröffnungsrede seine Einschätzung der Arbeit der Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker und unterstrich, warum die europäische Integration für Baden-Württemberg Teil der Staatsräson ist. In der Diskussion verteidigte Selmayr den Spitzenkandidatenprozess für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Dieser personalisiere die Wahlen, gäbe den handelnden Akteuren Gesichter und mache mithin Europa erfahrbarer. Außerdem gebe dieser Prozess der Arbeit des späteren Kommissionspräsidenten zusätzliche demokratische Legitimität: durch den Wahlkampf entstehe ein Wettstreit der Ideen, Gesichter und Persönlichkeiten, welcher Europa spannend mache. Selmayr zeigte sich überzeugt, dass die Staats- und Regierungschefs, die sich nach der Europa-Wahl auf einen Kandidaten einigen müssen, an dem Spitzenkandidaten der stärksten Fraktion nicht herunkämen. Im weiteren Gespräch arbeiteten Gellinek und Selmayr drei zentrale Leistungen der EU der vergangenen Jahre heraus: Als einen positiven Punkt der EU nannte Selmayr die europäische Wirtschaft, welche sechs Jahre in Folge gewachsen sei. Auch die Inflationsrate von 1,7 % zeige einen historisch niedrigen Wert seit 1999 auf. Als weiteren wichtigen Punkt nannte Selmayr, dass es noch nie einen geringeren wirtschaftlichen Abstand zwischen den Mitgliedsländern des Euroraumes gegeben habe, mithin also die Konvergenz im gemeinsamen Währungsraum zunähme. Weiter sei die Einheit und der Zusammenhalt der EU ein positiver Punkt, so Selmayr, denn in allen wichtigen Fragen hielten die EU-Länder zusammen. Hierdurch sei die EU in der Lage, Standards zu setzen, welche nicht nur in Europa Wirkung zeigen würden, sondern in der gesamten Welt: so sei im Bereich des Datenschutzes die europäische Datenschutzgrundverordnung dabei, weltweit datenschutzrechtli-

che Standards zu setzen. Gleichzeitig könne „die Rolle der EU in der Welt“ als größte Herausforderung der EU gesehen werden. In manchen Bereichen wie der Handelspolitik und der Klimapolitik sei die EU schon „weltpolitikfähig“, in anderer Hinsicht, wie z.B. bei der Durchsetzung europäischer Werte, müsse jedoch noch gearbeitet werden.

„Legal Lunch“ zum Thema Künstliche Intelligenz

Auf Einladung von Minister Wolf widmete sich das Panel am 6. November 2018 beim ersten „Legal Lunch“ dem Thema Straßenverkehr der Zukunft: Das autonome Fahren gilt als einer der wichtigsten Anwendungsfälle für Künstliche Intelligenz. Es steht im Mittelpunkt einer rechtlichen Diskussion um die Frage, wer den entstehenden Schaden zu zahlen hat, den eine von Künstlicher Intelligenz gesteuerte Maschine verursacht – zum Beispiel ein autonomes Auto, das einen Unfall verursacht. Experten überlegen deshalb, die Haftung von Fahrzeugherstellern zu erweitern. An der Podiumsdiskussion des Legal Lunch nahmen teil: Dr. Nicole Leifeld, Syndikusrechtsanwältin bei der Robert Bosch GmbH, Prof. Dr. Dirk Staudenmayer, EU-Kommission, Dr. Simon Wagner, Assoziierter Partner bei der Kanzlei Gleiss Lutz Rechtsanwälte (Stuttgart), und Marek Wehmer vom Kompetenzzentrum IT-Sicherheit, FZI Forschungszentrum Informatik am Karlsruher Institut für Technologie. Minister Wolf erklärte in seiner Eröffnungssprache vor mehr als 150 Gästen: „Künstliche Intelligenz wird unser gesellschaftliches Zusammenleben verändern. Wir Europäer sollten die Chance nutzen, Künstliche Intelligenz in unserem Sinne zu gestalten: Basierend auf unseren gemeinsamen europäischen Werten und mit dem Menschen im Mittelpunkt. Künstliche Intelligenz ‚made in Europe‘ braucht neben Innovationen und Investitionen nicht zuletzt einen geeigneten rechtlichen Rahmen“. Wolf erklärte weiter: „Baden-Württemberg wird zurecht als das ‚Autoland‘ in Deutschland gesehen. Wir in Baden-Württemberg wollen, dass die modernsten und besten Autos auch künftig bei uns gebaut werden. Deshalb machen wir uns schon heute Gedanken, wie der rechtliche Rahmen für das Autofahren der Zukunft aussehen könnte.“ Auch die Kommission hat die Gewähr-

leistung eines geeigneten ethischen und rechtlichen Rahmens als eines der Ziele einer europäischen KI-Initiative definiert – neben der Vorbereitung auf die mit KI verbundenen sozioökonomischen Veränderungen und der Förderung der technologischen und industriellen Leistungsfähigkeit der EU. Übergeordnetes Ziel der Kommission ist es, Europa am Wachstumsmarkt der Künstlichen Intelligenz teilhaben zu lassen. Dabei will sie europäische Werte – Datenschutz, Nichtdiskriminierung etc. – in den Mittelpunkt stellen. Auf diese Weise will die EU einen einzigartigen Beitrag zur weltweiten Debatte um KI leisten und den Menschen eine Alternative zu KI-Angeboten insbesondere aus den USA und China bieten.

Am Ende der Veranstaltung betonte Minister Wolf, es werde weitere „Legal Lunches“ geben. Damit hat die Landesvertretung künftig ein Veranstaltungsformat für Themen, die sowohl zur Europa- als auch zur Rechtspolitik gehören und damit die Schnittmenge der Geschäftsbereiche des Ministeriums der Justiz und für Europa abbilden.

Veranstaltungen und Gespräche von Minister Wolf vom 4. bis 6. Dezember 2018 in Brüssel auf einen Blick

Im Rahmen des Brüssel-Besuchs von Justiz- und Europaminister Wolf vom 4. bis 6. Dezember 2018 stand die Teilnahme an der AdR-Plenarsitzung an. Am Abend des 5. Dezember fand die Veranstaltung „Am Vorabend der Rumänischen Ratspräsidentschaft“ statt. Weiter führte Minister Wolf Gespräche mit einer LPK-Delegation, die zu Gesprächen in Brüssel war, sowie mit EU-Kommissar Oettinger und EU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg zum Thema Mehrjähriger Finanzrahmen der EU. Darüber hinaus eröffnete Minister Wolf den Nikolausempfang des Deutschen Handelsverbandes (HDE) am 4. Dezember in der LV-Brüssel. Weitere Redner waren HDE-Präsident Josef Sanktjohanser und EU-Kommissar Oettinger.

„Am Vorabend der EU-Ratspräsidentschaft Rumänien“

Auf Einladung von Minister Wolf diskutierten am 5. Dezember Botschafter Cosmin Boianiu (Ständige Vertretung Rumäniens bei der

EU), MdEP Siegfried Muresan, MdEP Dr. Andreas Schwab sowie der Präsident der Deutsch-Rumänischen Industrie- und Handelskammer, Dr. Dragos Anastasiu, über Herausforderungen und Chancen während der Rumänischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union. Bei seiner Einführung betonte Minister Wolf die engen Verbindungen zwischen Rumänien und Baden-Württemberg und erinnerte an das gemeinsame kulturelle Erbe, das man teile. Er lobte die Zusammenarbeit bei der Donaauraumstrategie und hob die zahlreichen Kooperationen von Hochschulen oder den Aufbau von Technologiezentren hervor. Unter Freunden, die eng verbunden sind, sei es aber auch wichtig, offene Worte zu finden, so Minister Wolf. Er bitte Rumänien daher, die Einwände der EU-Kommission und der Venedig-Kommission des Europarates gegen die Justizreformen ernst zu nehmen. Es gehe darum, den Menschen Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu garantieren. Das seien die Werte, auf denen Europa gründet und für die die Rumäninnen und Rumänen in der Revolution 1990 gekämpft haben. EU-Botschafter Cosmin Boiangiu hob die speziellen Umstände der rumänischen Ratspräsidentschaft hervor. Es stünden viele Herausforderungen wie der Brexit oder die Europawahlen im Mai 2019 bevor, daher stünde die Ratspräsidentschaft Rumäniens unter dem Motto „Zusammenhalt, ein gemeinsamer europäischer Wert“. Als vier Schwerpunkte der rumänischen Präsidentschaft nannte er ein konvergierendes Europa, ein sicheres Europa, ein Europa als stärkerer globaler Akteur und ein Europa gemeinsamer Werte. MdEP Dr. Schwab betonte, dass die nächsten 6 Monate nicht nur von europäischen, sondern auch von nationalen Herausforderungen geprägt sein würden. Man müsse dafür sorgen, dass europäische Werte, wie die Rechtsstaatlichkeit, überall in Europa eingehalten werden. MdEP Muresan äußerte sich hinsichtlich der Frage, ob Rumänien bereit für seine erste Präsidentschaft sei, zwiespalten. Die Menschen Rumäniens seien sicherlich bereit, sie würden die europäischen Werte schätzen und dafür sogar auf der Straße demonstrieren. Sorgen bereite ihm jedoch die politische Instabilität und die derzeitige Politik der Regierung Rumäniens. Die Regierungspartei habe den Wahlkampf durch ein populistisches

Wahlprogramm gewonnen und könne nun das Versprochene nicht einhalten. Außerdem, so MdEP Muresan, sei die amtierende Ministerpräsidentin Viorica Dăncilă bereits die dritte Person an der Spitze der sozialdemokratischen Regierung innerhalb eines Jahres. Ihre beiden Vorgänger hätten sich mit dem Vorsitzenden ihrer eigenen PSD-Partei, Liviu Dragnea, vor allem im Zusammenhang mit der geplanten Justizreform zerstritten. Dieser steht wegen Korruptionsverdacht vor Gericht.

Europawahlkampagne

Das Ministerium der Justiz und für Europa wird im Vorfeld der 2019 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament eine breit angelegte Kampagne durchführen, mit der die Wahlberechtigten über die Bedeutung des Europäischen Parlaments und der Wahlen informiert werden sollen. Ziel der Kampagne ist es, damit möglichst viele Wahlberechtigte zur Ausübung ihres Wahlrechts zu motivieren.

Die Konzeption der Europawahlkampagne wurde abgeschlossen. Sie besteht aus verschiedenen Elementen: Das sind neben klassischen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, kulturelle Veranstaltungen (Theaterstücke, Lesungen) sowie speziell auf junge Wahlberechtigte zugeschnittene Formate (DOKULIVE, Juniorwahl). Herzstück der Kampagne ist wie schon 2009 und 2014 eine Bus-Tour durch alle zwölf Regionen Baden-Württembergs (6.-25. Mai 2019), die das Ministerium der Justiz und für Europa in Kooperation mit dem Verband baden-württembergischer Omnibusunternehmer e.V. (WBO), der Landeszentrale für politische Bildung sowie Volkshochschulen vor Ort (Koordination durch den Volkshochschulverband Baden-Württemberg) durchführt.

Minister Wolf hat, aufgrund der in Vorwahlzeiten strengen Neutralitätspflicht, die baden-württembergischen Abgeordneten im Europäischen Parlament, die Abgeordneten des Landtags Baden-Württemberg und die baden-württembergischen Landesgruppenvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien über die Europawahlkampagne informiert. Zudem wird Minister Wolf alle weiteren in Deutschland zur Wahl

stehenden Parteien (voraussichtlich rund 30 Parteien) über die Europawahlkampagne informieren, sobald die Listen mit den zugelassenen Wahlvorschlägen vom Bundeswahlleiter veröffentlicht werden.

Preisverleihung Fotowettbewerb für den Europa-Fotokalender 2019

Das Ministerium der Justiz und für Europa hatte Anfang 2018 gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München einen Fotowettbewerb für baden-württembergische Hobby-Fotografinnen und -Fotografen ausgerufen. Dabei wurden die schönsten Fotos zum Leitthema „Wasser“ mit Motiven aus allen EU-Mitgliedstaaten gesucht. Es wurden insgesamt 559 Fotos von 225 Personen aus 22 Mitgliedstaaten eingesendet. Davon wurden 13 Fotos für den Europa-Fotokalender 2019 ausgewählt und für 27 Fotos wurden Sonderpreise vergeben. Die Preise wurden am 12. Oktober 2018 auf einer festlichen Veranstaltung mit 135 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Wettbewerbs von Minister Wolf übergeben.

Veranstaltungsreihe „Europäisches Parlament. Stimme des Bürgers.“

Vom 8. bis 19. Oktober 2018 veranstaltete das Ministerium der Justiz und für Europa erstmalig eine Tour durch die zwölf Regionen des Landes mit der Multimediashow DOKULIVE zum Thema Europäisches Parlament. Jeden Tag wurden zwei bis drei Veranstaltungen durchgeführt, vormittags an Schulen und abends im Rahmen von durch örtliche Kooperationspartner (Volkshochschulen sowie der Internationale Bund IB) organisierte Veranstaltungen. Insgesamt wurden mit dem Angebot mehr als 3.000 Personen erreicht.

Veranstaltung „Demokratie unter Druck“

Ungarn und Polen gelten als Beispiele, um die Rückkehr autoritären Regierens zu beglaubigen. Verstärkt wird diese Diagnose durch gleichzeitige Wahlerfolge der Rechtspopulisten in Westeuropa, namentlich in Österreich, Italien, Frankreich, den Niederlanden und auch Deutschland. Für den Historiker Prof. Dr. David Engels steht fest: Europa befindet sich in einer tiefen Identitätskrise, und diese Krise wird

den Kontinent so unwiderruflich in den Abgrund führen wie einst die späte römische Republik. Steht der Niedergang der Demokratie in der EU tatsächlich wieder bevor? Wie könnte eine wehrhafte Demokratie aussehen? Darüber diskutierten neben Prof. Dr. David Engels die Demokratieforscherin Prof. Dr. Ulrike Guérot und Bundesaußenminister a.D. Joschka Fischer mit den beiden Chefredakteuren des Politischen Magazins Cicero, Alexander Marguir und Christoph Schwennicke, am 7. November 2018 in der Landesvertretung. Etwa 240 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Botschaften, Medien, Ministerien und Stiftungen nahmen teil.

Theatervorstellung am 16. November

Aufgrund der positiven Resonanz wurde am 16. November 2018 in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München eine weitere Theatervorstellung „Borderliner. Eine neue EU-Familienaufstellung.“ angeboten. Zu dem Stück von Katja Hensel kamen in Pforzheim knapp 100 Personen.

Literaturveranstaltung

In Kooperation mit den fünf baden-württembergischen Europe Direct Centern fanden im 4. Quartal 2018 insgesamt fünf Veranstaltungen mit Oliver Lück statt, in deren Rahmen der Journalist und Fotograf Bilder und Geschichten zum Thema "Kulturwunder EUROPA: Bilder, Geschichten und Begegnungen" präsentierte. Mit den Veranstaltungen in Freiburg, Karlsruhe, Aalen, Stuttgart und Ulm wurden insgesamt 240 Gäste erreicht.

Europa und Kommunen am 21. November 2018

Thema der Veranstaltung mit Minister Wolf am 21. November 2018 war die Frage, was die Kommunen über das bereits vorhandene Engagement aus der Kommunalverwaltung und der Bürgerschaft hinaus für ein starkes Europa tun können. Unter dem Titel „Starkes Europa. Starke Kommunen. - Die europäische Idee in unseren Städten und Gemeinden“ diskutierten hochrangige Kommunalvertreter, u.a. Prof.

Dr. Wolfgang Schuster, Landrat Klaus Pavel, Landrat Dr. Rainer Haas, Dr. Eberhard Fischer.

Netzwerktreffen für Europainteressierte

Im Rahmen des jährlich stattfindenden Netzwerktreffens kommen Europa-Aktive des ganzen Landes zusammen und tauschen sich über aktuelle Europa-Themen aus. Thema des Netzwerktreffens 2018, welches das Ministerium der Justiz und für Europa in Kooperation mit der Regional-Vertretung der EU-Kommission am 26. November 2018 in Stuttgart durchführte, war die Europawahl 2019. Es wurden die Europawahlkampagnen des Ministeriums der Justiz und für Europa sowie des Europäischen Parlaments vorgestellt. Außerdem konnten sich die Teilnehmenden bei einer Diskussion im Format „Open Space“ zu Plänen und Ideen für eigene Veranstaltungen im Vorfeld der Europawahl austauschen.

Adventskonzert am 7. Dezember

Das diesjährige Adventskonzert des Justiz- und Europaministeriums fand am 7. Dezember in Tuttlingen statt. Beteiligt waren der Kinderchor der Schrotenschule Tuttlingen, der Singsalasing Kinderchor der Landesakademie für musizierende Jugend in Baden-Württemberg, der Chor mit Orchester des Musikgymnasiums Trossingen und die Kantorei der Martin-Luther-Kirche Trossingen. Die Chöre sangen Lieder aus verschiedenen Regionen und EU-Mitgliedstaaten, teilweise in der jeweiligen Landessprache. Zu dem Konzert kamen rund 500 Gäste. Sie wurden begrüßt von Herrn Ministerialdirektor Elmar Steinbacher.

Straßburgfahrten im 4. Quartal 2018

216 Schülerinnen und Schülern wurde an fünf verschiedenen Terminen jeweils eine eintägige Fahrt nach Straßburg ermöglicht. Programmpunkte waren u. a. der Besuch des Europäischen Parlaments sowie ein Gespräch mit einem Europaabgeordneten.

IV. Europafähigkeit

Jahrestreffen des Dynamischen Europapools

Am 15. Oktober 2018 fand das jährliche Treffen der Mitglieder des Dynamischen Europapools in Stuttgart statt. Ziel ist es, die Vernetzung der Pool-Mitglieder untereinander zu fördern. Thema des Treffens war die „Kommunikationskultur zwischen Politikern und Journalisten“. Nach einem Fachvortrag durch den Doktoranden Herrn Jan Georg Plavec (zugleich Redakteur Multimedia/Reportage bei der Stuttgarter Zeitung) kam es zu einer lebhaften Diskussion zwischen ihm, dem Außenpolitik-Redakteur der Stuttgarter Zeitung Dr. Knut Krohn und Herrn Abgeordneten Joachim Kößler.

Erfahrungsaustausch

Das Ministerium der Justiz und für Europa hatte im Sommer die Initiative ergriffen und zu einem informellen Erfahrungsaustausch der für Auslandsentsendungen zuständigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner eingeladen. Das Treffen fand am 4. Dezember in der baden-württembergischen Landesvertretung in Berlin statt. Die Fachebene aus elf Ländern war vertreten. Ziel des Treffens war ein Austausch zu den Fragestellungen, die alle Länder-Personalverantwortliche im Rahmen von Auslandsverwendungen gleichermaßen betreffen (Nachwuchssorgen, Einfluss von Auslandsverwendungen auf berufliches Fortkommen, Auswahl angemessener Anschlussverwendungen etc.). Alle Teilnehmenden begrüßten die Initiative und sind interessiert an einer Fortführung des Austauschs im kommenden Jahr.

Auf der Grundlage der Besprechungsergebnisse kann festgehalten werden, dass Baden-Württemberg beim Thema konzeptionelle Entwicklung von EU-Entsendungen und damit verbundener Fragestellungen in Deutschland an führender Stelle liegt.

Einführung Hospitationsprogramm

Damit künftig eine noch breitere Basis der Landesbediensteten die Möglichkeit hat, die eigene Europafähigkeit im Rahmen einer Aus-

landsverwendung auszubauen, hat das Ministerium der Justiz und für Europa ein neues Kurzzeitprogramm entwickelt: Das „Hospitationsprogramm Dynamischer Europapool“. Es ermöglicht den Mitgliedern des Dynamischen Europapools ab sofort Hospitationen für einen Zeitraum von drei bis sieben Wochen in geeigneten nationalen oder kommunalen Institutionen oder Einrichtungen in den EU-Mitgliedstaaten. Denkbar wären hier beispielsweise Einrichtungen in den Regionen, die sich im Netzwerk der Vier Motoren für Europa engagieren, aber auch in anderen Regionen oder Kommunen, die im Rahmen einer Kommunalpartnerschaft mit Baden-Württemberg verbunden sind.

V. Ausschuss der Regionen

Die Kohäsionspolitik nach 2020, der Brexit und seine Auswirkungen auf die Regionen und Kommunen und die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips standen im Mittelpunkt der Beratungen des Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) bei seiner 132. Plenarsitzung am 5. und 6. Dezember 2018.

In verschiedenen Gremien des AdR wurde über den weiteren Umgang mit den Empfehlungen der Task Force Subsidiarität beraten. Justiz- und Europaminister Wolf betonte, dass die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips eine Daueraufgabe sei und das konkrete Handeln der EU-Institutionen daran gemessen werden müsse, ob dieses Anliegen der Regionen auch ernst genommen werde. Der Abschlussbericht der Task Force Subsidiarität und die Kommissionsmitteilung zur Umsetzung seiner Empfehlungen dürften nicht das Ende der Debatte, sondern müssten Auftakt für eine neue Herangehensweise sein, bei der die EU-Gesetzgebung stärker am Subsidiaritätsprinzip ausgerichtet sei.

Im Rahmen der Plenartagung diskutierten die Mitglieder des AdR mit EU-Regionalkommissarin Crețu über die Kohäsionspolitik nach 2020 und nahmen Stellungnahmen zu den Kommissionsvorschlägen an. Der AdR befasste sich erneut mit den Auswirkungen des Brexit auf die Regionen und Kommunen. EU-Chefverhandler Michel Barnier nahm in der Plenardebatte Stellung zum ausverhandelten Austrittsabkommen

und den Vorstellungen über eine zukünftige Beziehung. Er betonte, dass die Austrittsvereinbarung die negativen Folgen infolge des Brexit lediglich verringern könne. Angesichts der Unsicherheit über die Ratifikation des Austrittsabkommens im britischen Parlament seien die Mitgliedstaaten und Regionen aufgefordert, sich auch auf ein No-Deal-Szenario vorzubereiten. Der AdR nahm außerdem eine Reihe von Stellungnahmen zu den Kommissionsvorschlägen für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 und die Förderprogramme wie Digitales Europa, InvestEU oder das Binnenmarktprogramm für die Förderperiode 2021 bis 2027 an.

VI. Landesvertretung Brüssel

Nachbargebäude Rue Belliard 58 – „Bauschildhängung“

Am 6. November 2018 gab Minister Wolf mit der symbolischen „Bauschildhängung“ den offiziellen Startschuss zur Bauausführungsphase des Erweiterungsgebäudes der Landesvertretung Baden-Württemberg bei der Europäischen Union. Ebenfalls anwesend waren der Leiter der Landesvertretung Bodo Lehmann, der Leiter des zuständigen Amtes Vermögen und Bau Mannheim-Heidelberg Bernd Müller sowie Architekt Michael Großmann von Weinmiller Architekten Berlin. Minister Wolf dankte in seinen Eröffnungsworten allen Beteiligten, die den heutigen Baubeginn durch ihre umfassende Planungsarbeit ermöglicht hätten. Bereits heute sei die Landesvertretung eine der angesagtesten Adressen im Brüsseler Politikbetrieb. Durch die Erweiterung würde diese Position weiter ausgebaut und die Präsenz Baden-Württembergs in Brüssel gestärkt. Das der Landesvertretung benachbarte Gebäude, das 2012 durch das Land von der Bundesrepublik erworben wurde, soll unter Erhaltung der denkmalgeschützten klassizistischen Fassade von 1872 umgebaut und in die Landesvertretung integriert werden. Bis 2020 soll ein sechsgeschossiges Bürogebäude sowie ein Veranstaltungsbereich im Erdgeschoss mit einem großen Saal für 300 Personen und zwei verbindbaren Seminarräumen zu je 30 Personen entstehen. Die Obergeschosse werden vermietet, wobei die ersten vier Etagen

vom Goethe Institut bezogen werden, das damit an seinen angestammten Sitz zurückkehrt.

Neue Medientechnik und Pfortenumbau in der LV-Brüssel

In das bestehende Gebäude in Brüssel ist die Landesvertretung Baden-Württemberg Ende 2003 eingezogen. Die damals installierte Veranstaltungstechnik konnte nach 15 Jahren die Anforderungen an einen modernen Veranstaltungsbetrieb nicht mehr erfüllen und wurde daher komplett saniert. Den Ministerien und externen Veranstaltern steht seit Dezember 2018 eine moderne, funktionale Medientechnik in den Veranstaltungsräumen zur Verfügung.

Der veränderten Sicherheitslage geschuldet war die Ertüchtigung des Gebäudezugangs mit einem gesicherten Schleusenzugang und einer separierten Pfortnerloge für die Sicherheitskraft. Durch die Umgestaltung des Eingangsbereichs wurde es zusätzlich möglich, ein Tagungsbüro zu schaffen, einen Erste-Hilfe-Bereich abzutrennen und die Posteingangsstelle zu modernisieren. Schließlich wurden Ende 2018 die sechs Übernachtungszimmer in der Landesvertretung teilrenoviert.

VII. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Zukunft der Interreg-Programme nach 2020

Das Staatsministerium hat sich weiterhin intensiv mit den von der Europäischen Kommission Ende Mai 2018 vorgelegten Entwürfen der Verordnungen zur künftigen Kohäsionspolitik und insbesondere dem Verordnungsentwurf zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit befasst. Vor allem der ständige Austausch mit dem Büro des Berichterstatters der Verordnung zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit im Europäischen Parlament, Pascal Arimont, hat dazu geführt, dass einige wichtige Anliegen des Landes in seinem Bericht aufgegriffen wurden und sich auch im Text wiederfinden, den der Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI) im Dezember 2018 verabschiedet hat. Gleichzeitig haben 2018 die Planungen der INTERREG A Programme Oberrhein und Alpenrhein Bodensee Hochrhein (ABH) für die Förder-

periode 2021-2027 begonnen und werden in 2019 intensiviert. Dazu finden in regelmäßigen Abständen Treffen der Programmpartner statt.

INTERREG A V Oberrhein

Zur konstituierenden Sitzung der Ad-hoc-Gruppe 2020+ trafen sich die Programmpartner am 10. Oktober 2018 in Straßburg, um sich über einzelne Aspekte der Programmierung des neuen INTERREG Programms auszutauschen und sich über relevante Vorschriften aus dem Entwurf der ETZ-Verordnung einen Überblick zu verschaffen.

Am 13. Oktober 2018 fand die 22. Sitzung der Arbeitsgruppe „INTERREG A V Oberrhein“ in Straßburg statt. Aufgrund der sehr erfolgreich verlaufenden Wissenschaftsoffensive wurden insgesamt 16 Projektideen vorgestellt und acht Projektanträge diskutiert. Der anschließend tagende Lenkungsausschuss genehmigte in seiner 8. Sitzung ein weiteres Kleinprojekt.

Die 15. Sitzung des Begleitausschusses fand am 13. Dezember 2018 in Freiburg statt. Neben der Annahme der im Jahr 2018 durchgeführten Bewertungen der Kommunikationsstrategie, der Technischen Hilfe und der Umsetzung des Programms wurden auch acht neue Projekte mit einem Volumen von ca. 6,1 Mio. Euro an EFRE-Mitteln genehmigt.

INTERREG A V Alpenrhein Bodensee Hochrhein (ABH)

Am 20. und 21. November 2018 tagten der Lenkungsausschuss in seiner 12. Sitzung und die Programmierungsgruppe für die Förderperiode 2021-2027 in ihrer 3. Sitzung in Tübingen. Neben der Präsentation des allgemeinen Umsetzungsstands des Programms, welches bereits 94% der Mittel in Projekten gebunden hat, wurden auch vier neue Projekte genehmigt. Ebenfalls wurden die Ergebnisse der durchgeführten Zwischenevaluation den Programmpartnern präsentiert. In der Programmierungsgruppe wurden anhand des Entwurfes der ETZ-Verordnung erste Überlegungen für eine inhaltliche Ausgestaltung diskutiert.

Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Am 6. Dezember 2018 trafen sich die Mitglieder der IBK zur Regierungschefkonferenz in Schaffhausen. Für Baden-Württemberg nahm in Vertretung von Herrn Ministerpräsident Kretschmann Frau Staatsministerin Theresa Schopper teil. Es wurden unter anderem die Sachstandsberichte der jeweiligen Fachkommissionen vorgestellt und angenommen. Ebenfalls wurde ein weiteres strategisches Projekt „Zielbild Raum und Verkehr“ präsentiert. Das Ziel dieses Projekts ist es, gemeinsame Zielvorstellungen für Raum und Verkehr zu entwickeln, welche die unterschiedlichen Perspektiven von Raum- und Siedlungsentwicklung, Natur- und Landschafts- und Gewässerschutz sowie Wirtschaft integrativ vernetzen.

Die Regierungschefs beschlossen den Umzug der Geschäftsstelle in neue Räumlichkeiten in Konstanz, wofür sich auch das Land im Vorfeld stark eingesetzt hatte. Ebenfalls wurde das Thema „Finanzierung der IBK-Geschäftsstelle“ anlässlich der auslaufenden Förderung aus dem EU-Förderprogramm INTERREG V ABH diskutiert. Hierbei setzt sich das Land für eine eigenständige Finanzierung der IBK-Geschäftsstelle durch Mitgliedsbeiträge ein. Der Beschluss zu einem neuen Finanzierungskonzept soll auf der nächsten Regierungschefkonferenz im Jahr 2019 fallen. Am Ende der Sitzung wurde der Vorsitz für das Jahr 2019 feierlich an den Kanton Thurgau übergeben.

VIII. EU-Strategie für den Donaoraum und EU-Strategie für den Alpenraum

Jahresforum 2018

Im Zuge der bulgarischen Präsidentschaft der EU Strategie für den Donaoraum (EUSDR) fand am 18. und 19. Oktober 2018 das 7. Jahresforum der Strategie in Sofia statt. Ein Schwerpunkt lag in diesem Jahr auf dem Themenfeld Tourismusförderung als einer wichtigen Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Regionalentwicklung im Donaoraum. Im Vorfeld fand deshalb auf Einladung der bulgarischen Gastgeber und im Beisein der EU Kommissarin für Regionalpolitik, Frau Corina Crețu, ein Treffen der für den Tourismus zuständigen Mi-

nisterinnen und Minister des Donauraums statt. Das Land Baden-Württemberg wurde durch Staatsministerin Theresa Schopper vertreten. Zum Abschluss des Jahresforums wurde am 19. Oktober 2018 die Präsidentschaft der EUSDR von Bulgarien an Rumänien übergeben. Ein Schwerpunkt im neuen Präsidentschaftsjahr wird auf der Überarbeitung des Aktionsplans der EUSDR liegen.

Begleitend zum Jahresforum der EUSDR fand am 17. Oktober 2018 der 5. Participation Day zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft statt, an dem Staatsministerin Theresa Schopper teilnahm. Das Thema der diesjährigen Veranstaltung lautete „Expanding Civic Spaces – Participation Strategies in the Danube Region“.

Projektmittelfonds

Über die Vergabe der im Haushaltsplan des Staatsministeriums veranschlagten Projektmittel hat Staatsministerin Theresa Schopper dem Ministerrat in seiner Sitzung am 16. Oktober 2018 berichtet. Im Haushalt 2018 des Staatsministeriums standen insgesamt 590.000 € für Projekte mit Bezug zur EUSDR zur Verfügung, aus denen sechs eingereichte Projekte bezuschusst werden konnten. Ein Schwerpunkt lag im Jahr 2018 erneut auf Maßnahmen im Bereich des Capacity Building. Damit sollen entsprechende Kompetenzen und Good Governance im Donauraum in unterschiedlichen Themenfeldern vermittelt, ausgebaut oder gestärkt werden.

EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Am 20. und 21. November 2018 fanden in Innsbruck das 2. Jahresforum und die Generalversammlung der EU-Strategie für den Alpenraum statt. Das Jahresforum stand unter dem Motto „Zukunft gemeinsam gestalten“. Zentrales Thema war dabei die Einbeziehung der Jugend in alle Themenbereiche der EUSALP. Baden-Württemberg, das gemeinsam mit Auvergne-Rhône-Alpes die Aktionsgruppe 2 der EUSALP „Wirtschaftliche Entwicklung strategischer Branchen“ leitet, hat sich aktiv mit einem Informationsstand und in einem Workshop am Jahresforum beteiligt.

IX. Vier Motoren für Europa

Open Days

Auch in diesem Jahr fand im Rahmen der „Europäischen Woche der Regionen und Städte“ (Open Days) eine Veranstaltung der Vier Motoren für Europa in der Landesvertretung Baden-Württembergs in Brüssel statt. Die Veranstaltung am 8. November 2018 wurde im Rahmen der baden-württembergischen Präsidentschaft der Vier Motoren organisiert und widmete sich der Stärkung von Frauen und Mädchen in Wirtschaft und Wissenschaft. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen standen hierbei erfolgreiche Projekte aus den vier Regionen. Für die Landesregierung nahm Staatsrätin Gisela Erler an der Veranstaltung teil.

Genussgipfel

Gemeinsam mit dem MLR und weiteren Partnern richtete das Staatsministerium den 6. Genussgipfel am 14. November 2018 im Schloss Mannheim im Zeichen der Vier Motoren Präsidentschaft Baden-Württembergs aus. Hieran nahmen über 200 Personen aus allen Bereichen der Lebensmittelwertschöpfungskette teil. Die Partnerregionen waren insbesondere in Form eines politischen Podiums mit Frau Staatsministerin Theresa Schopper sowie den Staatssekretärinnen Frau Dr. Gisela Splett und Frau Friedlinde Gurr-Hirsch eingebunden. Marie Claire Terrier, Abgeordnete im Regionalrat von Auvergne-Rhône-Alpes, Carmel Mòdol, Generaldirektor für Lebensmittel, Qualität und Ernährungsindustrie aus Katalonien, und Fabio Rolfi, Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Biodiversität der Lombardei, tauschten sich mit Herrn Minister Peter Hauk zum Schutz regionaler Lebensmittelkultur in Europa aus.

Die politischen Vertreter haben sich darüber hinaus zu einer gemeinsamen Position zur zukünftigen EU-Qualitätspolitik im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik verständigt. Die Vielfalt der Lebensmittelkultur konnten die Gäste der Veranstaltung unmittelbar über die Präsentation von regionalen Produkten aus allen vier Regionen erleben.

Für die Produzenten, die Referenten und Delegationen aus den Partnerregionen fand zudem am Vortag eine Exkursion zu ausgewählten Erzeugern in Baden-Württemberg statt.

X. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen

Österreichischer Bundespräsident besucht Baden-Württemberg

Ministerpräsident Kretschmann hat den österreichischen Bundespräsidenten Dr. Alexander Van der Bellen am 29. November 2018 in Stuttgart empfangen. Zum Auftakt informierten sich Herr Ministerpräsident und der österreichische Bundespräsident beim Cyber Valley am Max-Planck-Institut für Intelligente Systeme in Tübingen über die Potenziale von Künstlicher Intelligenz und Robotik. Für die Stellung als europäischer Innovationsführer nimmt das Cyber Valley als Hot Spot für Forscherinnen und Forscher, Promovierende und etablierte Unternehmen eine wichtige Rolle ein. Bei der Dr. h.c. F. Porsche AG wurde die Produktion für E-Antriebe für den Porsche Taycan besichtigt.

Im Rahmen des Europadialoges der Landesregierung konnte der österreichische Bundespräsident zudem von Herrn Ministerpräsidenten für das Format „Stuttgarter Rede zu Europa“ gewonnen werden. Die Zukunft Europas war Schwerpunkt der Rede des österreichischen Bundespräsidenten zum Abschluss seines Besuchs in Baden-Württemberg im Neuen Schloss. Beide Redner skizzierten eindrücklich, dass die europäischen Staaten die Herausforderungen der Zukunft in Europa nur gemeinsam werden lösen können.

Besuch des Ministerpräsidenten in Vorarlberg

Herr Ministerpräsident besuchte auf Einladung von Landeshauptmann Markus Wallner am 30. November 2018 Vorarlberg. Im Fokus standen dabei Energiethemen, Elektromobilität, wirtschaftliche Aspekte wie Digitalisierung und Gewinnung von Fachkräften, die Aus- und Weiterbildung sowie Fragen der grenzüberschreitenden Infrastruktur. Herr Ministerpräsident wurde begleitet von Verkehrsminister Winfried Hermann, Staatsministerin Theresa Schopper, Staatssekretär Andre

Baumann, Vertreterinnen und Vertretern des Landtags sowie Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer.

In Bregenz besuchte die Delegation die Vorarlberger Illwerke, die eine enge Partnerschaft mit der EnBW verbinden. Bei einem anschließenden Arbeitsmittagessen standen neben Energiethemen der Austausch und die Zusammenarbeit zu den Themen Digitalisierung und künstliche Intelligenz, Gewinnung von Fachkräften sowie die grenzüberschreitende Infrastruktur im Vordergrund. Baden-Württemberg und Vorarlberg arbeiten in der Internationalen Bodensee-Konferenz eng zusammen. Am Nachmittag besuchte die Delegation die Doppelmayr Seilbahnen GmbH in Wolfurt.

Gemischte Regierungskommission mit Bulgarien

Am 30. und 31. Oktober 2018 fand die achte Sitzung der Gemischten Regierungskommission mit Bulgarien unter Leitung von Staatsministerin Theresa Schopper und der Kabinettschefin der Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Bulgariens, Antoaneta Baycheva, statt. Ziel war, gemeinsame Projekte in den Bereichen Innere Sicherheit, Verwaltung, Wirtschaft, Tourismus, Wissenschaft und Bildung, Umwelt und Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft sowie Ernährung und Verbraucherschutz zu stärken. Auf baden-württembergischer Seite waren die Ko-Vorsitzende Staatsministerin Schopper, der Ellwanger Oberbürgermeister Karl Hilsenbek, der Vorstand der Stiftung Liebenau Prälat Michael H.F. Brock, Vertreter der Industrie- und Handelskammer Ulm, Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien und anderer Bereiche der Donauzusammenarbeit sowie der Honorarkonsul der Republik Bulgarien, Dr. Till W. Truckenmüller, zur Sitzung gereist.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit in den nächsten Jahren sind die Digitalisierung der Wirtschaft, Industrie 4.0 sowie Start-Ups, die polizeiliche Zusammenarbeit, die schulische Bildung insbesondere durch Unterstützung des Deutschunterrichts sowie Schüler- und Jugendbegegnungen, das Thema Weinbau und die Zusammenarbeit in Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Das Engagement für das südosteuropäisch-bulgarische Methodiuszentrum in Ellwangen wurde seitens der bulgarischen Seite bekräftigt. Besonderes Potential hat die bilaterale Kooperation bei der Ausbildung von Fachkräften der Kranken-, Alten- und Behindertenpflege für den bulgarischen Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang wird ein Kooperationsprojekt aus dem bulgarischen Europäischen Sozialfonds (ESF) umgesetzt. Ferner wurde eine neue Geschäftsordnung unterzeichnet, die die Einführung einer digitalen Arbeitsplattform zum Datenaustausch zum Inhalt hat.

Reise von Minister Wolf nach Österreich vom 18. bis 20. November 2018

Minister Wolf reiste vom 18. bis 20. November 2018 nach Wien in Österreich. Dort nahm er an der LX. Sitzung der Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) teil. Mit dem Bundesminister der Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz in Österreich, Herrn Dr. Josef Moser, sowie mit COSAC-Delegierten führte er politische Gespräche zu den Themen Zukunft der Europäischen Union, zur EU-Ratspräsidentschaft Österreichs, Rechtsstaatlichkeit in Europa und zur Elektronischen Akte in der Justiz.

Veranstaltung von Minister Wolf mit dem Konsularischen Korps am 10. Dezember 2018

Minister Wolf hatte am 10. Dezember 2018 das Konsularische Korps zu einem gemeinsamen Abendessen in das Schloss Rosenstein eingeladen. Die für Baden-Württemberg zuständigen General- und Honorarkonsuln haben diese Einladung gerne zahlreich angenommen. Es fand ein reger Austausch zur Rolle Europas in der Welt aus inner- und außereuropäischer Perspektive statt.

Bulgarien Reise von Staatsrätin Erler

Im Rahmen einer dreitägigen Bulgarien-Reise hat die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Erler, Projekte mit zi-

vilgesellschaftlicher Beteiligung auf kommunaler Ebene besucht, die von der Baden-Württemberg Stiftung gefördert werden. Dazu gehörte das Kinderhaus St. Andreas nahe Varna, wo sich die Stiftung Liebenau seit über 20 Jahren für benachteiligte Kinder und Erwachsene am Schwarzen Meer einsetzt. In der Einrichtung kommen bulgarische und Kinder aus Roma-Familien zusammen. In Rasgrad traf die Delegation die Projektverantwortlichen des dortigen Mütterzentrums. In einem vorangegangenen Workshop hatten die teilnehmenden Frauen Gelegenheit, sich mit Stuttgarter Verantwortlichen über die Entwicklungspotenziale der Mütterarbeit in Bulgarien auszutauschen. Gemeinsam wurden Strategien erarbeitet, um Roma-Familien in den Balkanländern nachhaltig eine bessere Zukunft zu ermöglichen.

Außerdem stand ein Besuch der Gemeinde Slivo Pole nahe der Stadt Ruse auf dem Programm, wo sich die Delegation bei einem Projektbesuch des Bildungsnetzwerks Danube-Networkers for Europe e.V. ein Bild vom Zusammenspiel zwischen Zivilgesellschaft und Kommunen in Bulgarien machen konnte. Am Tag zuvor nahm die Delegation in Aksakovo an einer Informationsrunde zum Thema Zusammenarbeit von NGOs und Kommunen im Donauraum teil. Ferner beinhaltete das Programm ein Gespräch mit dem Bürgermeister der bulgarischen Stadt Ruse, an dem auch der Oberbürgermeister der Stadt Ellwangen, Karl Hilsenbek, teilnahm.

Arbeitsbesuche von Staatssekretär Ratzmann in Brüssel

Am 17. Oktober 2018 diskutierte Staatssekretär Volker Ratzmann im Rahmen einer Abendveranstaltung in der Vertretung des Landes in Brüssel mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Claus Leggewie europäische Zukunftsfragen und die damit verbundenen Herausforderungen. Die Veranstaltung erfolgte in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung. Am 6. und 7. Dezember 2018 führte Herr Staatssekretär fachpolitische Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Brüsseler Institutionen zur Vorbereitung der Auswärtigen Kabinettsitzung im Januar 2019 in Brüssel. Im Mittelpunkt standen die Themen Mehr-

jähriger Finanzrahmen, Forschung, die Brexit- Verhandlungen, Rechtsstaatlichkeit und der Europadialog.

Arbeitsbesuch von Staatsrätin Erler in Brüssel

Frau Staatsrätin Erler reiste am 9. Oktober 2018 nach Brüssel. Themen des Besuches waren die Aktivitäten Baden-Württembergs im Rahmen der EU-Strategie für den Donaauraum, die künftige Gestaltung der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit ab 2021 und die Arbeit des Landes an der Frankreich-Konzeption. Dazu führte Frau Staatsrätin Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission sowie mit den Botschaftern Rumäniens und Bulgariens. Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung diskutierte Frau Staatsrätin die vorläufigen Ergebnisse der Bürgerdialoge im Europadialog unter anderem mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Rainer Wieland. Darüber hinaus tauschte sich Frau Erler mit der Zivilgesellschaft über die Situation zivilgesellschaftlicher Organisationen in Osteuropa, insbesondere in Ungarn, Polen und Rumänien aus.

Staatsrätin Erler auf dem Europatag Neckaralb

Frau Staatsrätin Erler nahm auf Einladung der Europa-Union Reutlingen am 2. Europatag Neckar-Alb am 10. Oktober 2018 in Reutlingen teil, der unter dem Motto „Quo Vadis Baden-Württemberg und Frankreich stand“. Er widmete sich der neuen Frankreich-Strategie des Landes Baden-Württemberg und dem Europadialog der Landesregierung. Neben Vorträgen von Frau Staatsrätin und des Direktors des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg, Prof. Frank Baasner, fand eine Podiumsdiskussion mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern statt.

XI. Zusammenarbeit mit Frankreich

Frankreich-Konzeption

Am 25. Oktober 2018 wurde der letzte von insgesamt zehn deutsch-französischen Expertenworkshops durchgeführt. Erfolgte zu Beginn des konzeptionellen Prozesses ein Austausch mit Bürgerinnen und

Bürgern von beiden Seiten der Grenze über Themen des grenzüberschreitenden Zusammenlebens am Oberrhein, dienten die bis Oktober 2018 durchgeführten Expertenworkshops der Bestimmung und Vertiefung der Themen der künftigen Zusammenarbeit. In enger Kooperation mit den Ressorts waren strategische Zielsetzungen bzw. Fragestellungen herausgearbeitet worden, die in den Expertenworkshops, zu denen deutsche und französische Expertinnen und Experten eingeladen worden waren, weiter konkretisiert wurden.

Am 18. Dezember 2018 erläuterte Staatssekretär Volker Ratzmann mit einem mündlichen Bericht im Ministerrat ausführlich den Verfahrensstand zu dem breit angelegten Prozess der Frankreich-Konzeption. Ab Dezember erfolgte die Ausformulierung der Konzeption in Zusammenarbeit mit den Ressorts anhand der gemeinsamen Erstellung einer Kabinettsvorlage. Diese greift, entlang der ausgewerteten Ergebnisse der Bürgerdialoge, der Auftaktveranstaltung, der zehn Expertenworkshops sowie der Rücksprachen mit den Ressorts, diejenigen Aspekte auf, die für die baden-württembergisch-französische Kooperation einen klaren europäischen Mehrwert schaffen und einen qualitativen Sprung in der Zusammenarbeit ermöglichen.

Deutsch-französisch-schweizerische Regierungskommission Oberrhein

Am 16. November 2018 tagte auf Einladung des Auswärtigen Amtes die 27. Sitzung der trinationalen Regierungskommission Oberrhein mit Vertreterinnen und Vertretern der nationalen und der für den Oberrhein regional zuständigen Regierungen aus Frankreich, der Schweiz und Deutschland, unter Beteiligung der Landesregierung Baden-Württemberg, in Berlin. Die Kommission beriet über Fragen der grenzüberschreitenden deutsch-französisch-schweizerischen Zusammenarbeit.

Inhaltlich standen Themen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität im Mittelpunkt, darüber hinaus wurde unter anderem über bestehende Herausforderungen bei der Anerkennung gegenseitiger Sozialleistungen sowie über aktuelle Entwicklungen des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts und Gesundheitswesens diskutiert.

Deutschland berichtete zudem über die Ziele und den Erarbeitungsstand des neuen Elysée-Vertrages. Frankreich informierte über die geplante Schaffung einer europäischen Gebietskörperschaft Elsass zum 1. Januar 2021 auf Grundlage eines Abkommen mit territorialen Innovationen.

Gespräche und Reisen

Am 19. Oktober 2018 führten Staatsrätin Gisela Erler und Staatssekretär Volker Ratzmann ein Gespräch mit der französischen Botschafterin Anne-Marie Descôtes in der Landesvertretung in Berlin. Das Treffen diente dem Kennenlernen und dem Austausch über aktuelle politische Themen in der Zusammenarbeit Baden-Württembergs und Frankreichs.

Am 25. Oktober 2018 lud Staatsrätin Erler die neue französische Generalkonsulin in Stuttgart, Catherine Veber, zu einem Antrittsbesuch in die Villa Reitzenstein in Stuttgart ein.

Am 19. November 2018 reiste Staatssekretär Volker Ratzmann mit einer Delegation für politische Gespräche nach Straßburg. An der Delegationsreise nahmen Vertreterinnen und Vertreter der Landes- und Kommunalverwaltung sowie Mitglieder des baden-württembergischen Landtags und des diplomatischen Korps aus Deutschland und Frankreich teil. Die Delegationsreise diente dem permanenten Austausch mit den französischen Partnern zu aktuellen politischen Themen und der weiteren Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit der Nachbarregion Grand Est. Hierzu führte Staatssekretär Ratzmann politische Gespräche mit der Vize-Präsidentin und Abgeordneten für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Regionalrates der Region Grand Est, Nicole Muller-Becker, und der Präsidentin der Kommission internationale und grenzüberschreitende Beziehungen, Claudine Ganter, sowie mit der Rectrice der Académie de Strasbourg (Außenstelle des französischen Bildungsministeriums), Sophie Béjean.

Außerdem lud Herr Staatssekretär den Präsidenten der Universität Strasbourg, Michel Deneken, zu einem Gespräch über die Weiterent-

wicklung des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) „Eucor – the European Campus“ zu einer „Europäischen Universität“ ein. Im weiteren Programm besuchte die Delegation das gemeinsame Zentrum für deutsch-französische Polizei- und Zollzusammenarbeit in Kehl, verbunden mit einer Fahrt in der Tram über den Rhein nach Straßburg. Im Rahmen eines Mittagessens bot ein Runder Tisch Gelegenheit zum Austausch mit Vertretern der Partnerstädte Straßburg und Stuttgart sowie von Straßburger Flüchtlingshilfeverbänden zu den Themen Migration und Städtepartnerschaften.

Gedenken 100 Jahre Erster Weltkrieg in Straßburg

Auf gemeinsame Einladung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier nahm Ministerpräsident Kretschmann am 4. November 2018 an einem Konzert zum Gedenken an das Ende des Ersten Weltkriegs zum Thema „Frieden in Europa“ sowie einem anschließenden Empfang im Palais Rohan in Straßburg teil. Der Aufenthalt in Straßburg bot außerdem Gelegenheit zu einem politischen Gespräch zwischen Herrn Ministerpräsidenten und Präsident Macron zu grenzüberschreitenden Themen.

Podiumsdiskussion

Am 21. November 2018 nahm Herr Ministerpräsident an einer Podiumsdiskussion mit dem französischen Philosophen Prof. Dr. Jean-Luc Nancy zum Thema „1918-2018. Auf der Suche nach einer Kultur des Friedens. 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs“ im Hospitalhof in Stuttgart teil. Die Veranstaltung wurde moderiert durch Dr. Felix Heidenreich, Wissenschaftlicher Koordinator des Internationalen Zentrums für Kultur und Technikforschung (IZKT), und fand im Rahmen der Themenreihe „1918-2018“ des Instituts Français in Stuttgart statt. In dem politisch-philosophischen Austausch gingen die Diskutanten der Frage nach, was es bedeuten könnte, den Krieg tatsächlich zu überwinden und an einer Kultur des Friedens zu arbeiten.

XII. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und der Welt-nachhaltigkeitsziele (SDG) stand auch im 4. Quartal des Jahres 2018 im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums.

Afrika im Blick

Nachdem die Runde der Ministerialdirektorinnen und Ministerialdirektoren im Juli die Initiative "Afrika im Blick" gestartet hat, begann das Arnold-Bergstraesser-Institut im Auftrag des Staatsministeriums zum 1. September 2018 mit einer umfassenden Analyse der Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und unserem Nachbarkontinent. Dazu finden bis Mitte Januar 2019 Gespräche mit allen Ministerien, wichtigen Akteuren sowie Expertinnen und Experten statt. Weitere Impulse waren:

- Unter dem Dach des Förderprogramms BWirkt! wurde die neue Burundi-Förderlinie erheblich ausgeweitet.
- Engagement Global und die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit starteten auf Initiative des Staatsministeriums die ASA-Autumn School. Knapp fünfzig junge Gründerinnen und Gründer vom afrikanischen Kontinent und aus dem Land arbeiteten an den Chancen der Digitalisierung und präsentierten am 26. Oktober 2018 ihre Ergebnisse bei einem Kaleidoskop, bei dem neben dem Staats-, auch das Wirtschafts- und das Wissenschaftsministerium vertreten waren.
- Am 8. November 2018 stellten das Staats- und das Wissenschaftsministerium zusammen mit dem Arnold-Bergsträsser-Institut die Initiative beim Stakeholder-Treffen des entwicklungspolitischen Hochschul-Netzwerks vor und diskutierten neue Impulse auch mit afrikanischen Stipendiatinnen und Stipendiaten des Baden-Württemberg-Stipendiums der Baden-Württemberg Stiftung.

Stuttgarter Forum für Entwicklung

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett eröffnete für die Landesregierung das Stuttgarter Forum für Entwicklung, bei dem auf Initiative der Stif-

tung Entwicklungs-Zusammenarbeit und der Engagement Global am 19. Oktober 2018 mehr als 500 Teilnehmende und über 30 Kooperationspartner zusammengefunden hatten. Den gemeinsamen Fokus bildete in diesem Jahr die globale Frage nach sozialen und ökologischen Dimensionen von Nachhaltigkeit.

Ministertreffen für Entwicklungszusammenarbeit

Staatsministerin Theresa Schopper setzte sich am 15. November 2018 beim Treffen der für Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Ministerinnen und Minister in der Landesvertretung in Berlin für die in Baden-Württemberg entwicklungspolitisch aktiven Kommunen und Landkreise ein – gemäß den beim kommunalen Spitzengespräch im April auf der FAIR HANDELN Messe von ihr abgestimmten Prioritäten.

Forum für nachhaltige Beschaffung

Auf Einladung des Eine-Welt-Promotors für Nachhaltige Beschaffung diskutierten das Staats- und das Umweltministerium beim Forum für nachhaltige Beschaffung am 6. Dezember 2018 die Umsetzung der neu gefassten Verwaltungsvorschrift Beschaffung und die Fortführung der Schulungsoffensive Nachhaltige Beschaffung mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Kirchen und Kommunen.